



## **Bericht und Beschlussempfehlung**

### **des Innen- und Rechtsausschusses**

#### **Entwurf eines Gesetzes zum Ausgleich der finanziellen Lasten der Stadt Fehmarn und des Kreises Ostholstein für die Sicherstellung des abwehrenden Brandschutzes durch die Erweiterung der Behördenbezirke nach § 30 Absatz 4 des Landesverwaltungsgesetzes (Kostenerstattungsgesetz Fehmarnbeltquerung)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 19/2935

Mit Plenarbeschluss vom 21. Mai 2021 wurde der Gesetzentwurf der Landesregierung dem Innen- und Rechtsausschuss überwiesen. Dieser beriet die Vorlage in zwei Sitzungen und gab dem Kreis Ostholstein und der Stadt Fehmarn Möglichkeit zur Stellungnahme.

In seiner Sitzung am 9. Juni 2021 schloss er die Beratung des Gesetzentwurfs ab. Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW bei Enthaltung der SPD empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 19/2935, unverändert anzunehmen.

Barbara Ostmeier  
Vorsitzende